



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

25. Sitzung vom 14. September 2015

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.25 Uhr

Leitung: Christoph Anliker

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: B. Benthaus, P. Buess, R. Ewald, S. Inäbnit, M. Mohler, G. Vetsch,

S. Winkelmann

Präsident:

Ch. Anliker

Protokoll:

Isabelle Wilhelm

Mitteilungen des Präsidenten:

Präsident Christoph Anliker begrüsst die Wohnerrätinnen und Wohnerräte, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Gäste zu seiner ersten Sitzung als Präsident.

Dann bedankt er sich bei allen, die ihn gewählt haben. Er schätzt sich als sehr glücklich, als junger Politiker ein solches Amt übernehmen zu dürfen. Er sieht darin ein Zeichen, dass auch junge Politiker eine Chance in der Politik erhalten. Er unterstreicht, dass dieses Amt auch Engagement von seiner Seite her voraussetzt. Jedoch war er schon immer der Ansicht, es sei einfacher über die Politiker zu schimpfen, als sich selbst für etwas bestimmtes einzusetzen. Wer etwas verändern möchte, muss auch etwas dafür tun, davon ist er überzeugt und danach hat er immer gestrebt. Er appelliert an die Anwesenden, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, abstimmen zu gehen, zu wählen und sich auch wählen zu lassen. Jeder soll am politischen System der Schweiz teilnehmen und für seine Meinung eintreten. Die nationalen Wahlen stehen an. Das ist eine gute Gelegenheit die demokratischen Rechte in der Schweiz wahrzunehmen. Die Wohnerratswahlen sind anfangs nächstes Jahr. Das ist eine Zeit, in der man sich ins Rampenlicht rücken möchte. In dem Zusammenhang ist es aber nicht immer unbedingt nötig, Vorstösse einzureichen. Manches kann ja auch mit einem Telefon geklärt werden, so der Wohnerratspräsident. Bei den „Spielregeln“ möchte er an die Zeitbeschränkung erinnern. Fünf Minuten für Fraktionssprecher und zwei Minuten für jeden weiteren Redner. Erinnert sei auch daran, dass die Eintretensdebatte nicht dazu da ist, Anträge zu erläutern, sondern um diese zu erwähnen. Zugunsten eines flüssigen und strukturierten Ablaufs, sollen Anträge schriftlich eingereicht werden. So können Missverständnisse vermieden werden. Er bedankt sich im Voraus für die Beachtung seiner Hinweise und für die Umsetzung. Anschliessend eröffnet der Wohnerratspräsident die Sitzung.

Es haben sich B. Benthous, P. Buess, R. Ewald, S. Inäbnit, M. Mohler, G. Vetsch und S. Winkelmann entschuldigt. Silvia Winkelmann wäre im Wahlgremium, aber an ihrer Stelle begrüsst Christoph Anliker Jean-Bernard Urech, der am heutigen Abend als ihr Ersatz im Rat sitzt. Sicherheitshalber erkundigt sich der Wohnerratspräsident, ob dies für J.-B. Urech in Ordnung ist, was dieser bejaht. Es meldet sich Gaida Löhr, sie teilt mit, dass Gabi Vetsch sie darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass sie krank ist (bisher dachte Gaida Löhr, dass sich Gabi Vetsch bereits selber schon abgemeldet hat).

Es somit sind insgesamt 33 anwesende Personen.

Jean-Bernard Urech wurde bereits begrüsst. Auch Frau Isabelle Wilhelm wird begrüsst und als Nachfolgerin von Sandra Sprecher willkommen geheissen. Er wünscht ihr ebenfalls eine gute Sitzung und bedankt sich im Voraus für Ihre Arbeit.

Bereinigung der Traktandenliste: Weil Alexander Huber, CVP/GLP-Fraktion zurückgetreten ist, muss ein Ersatzmitglied für die GRPK gewählt werden. Aus dem Grunde ist Jean-Bernard Urech anwesend, weshalb es ein neues Traktandum Nr. 2 gibt, namens „Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK“. Der Wohnerratspräsident kündigt an, die Änderung gleich im Anschluss an das Protokoll anzufügen, falls dies der Rat genehmigt. Der Rat heisst dieses Vorgehen gut. Dann geht der Wohnerratspräsident auf das Protokoll ein. Ihm sind keine Änderungen bekannt, auch werden keine weiteren vermeldet, die Schreiberin wird verdankt.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Es wurden zwei Anfragen, ein Postulat sowie eine Interpellation eingereicht.

Die eingegangenen Anfragen werden am Schluss der Sitzung durch die Gemeinderäte beantwortet.

- | | |
|---|-----|
| - Postulat SVP-Fraktion: Asylsituation in Binningen | 168 |
| - Anfrage St. Glaser / R. Moll, Parteilos: Sanierung Nordfassade Imhof-Haus | 169 |
| - Anfrage S. Abt, SP: Neuer Demenzgarten beim APH | 170 |
| - Interpellation R. Bänziger, Grüne/EVP: Verschollene Baulinien? | 172 |

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 29.06.2015
2. **Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016** **171**
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.08.2015:
Schlussbericht – Kommunale Finanzentwicklung **161**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.06.2015:
Interpellation BPK: Sanierungsprojekt Winterhalde **140**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.06.2015:
Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau (CHF 438 700) und Abwasserleitungsbau (CHF 213 000) an der Winterhalde **33**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015
Mutation Quartierplan Rebgasse 108 **167**
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.08.2015:
Mietzinsreglement, Anpassung der Einkommenshöchstgrenze **137**
Geschäftskreisführung: Barbara Jost
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015:
Kreditabrechnung diverser Investitionskredite (Schloss) **160**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2015:
Postulat: Kommunale Energieplanung **141**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
10. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 29.6.2015

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 171

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Silvia Bräutigam, schlägt namens ihrer CVP-Fraktion, Jean-Bernard Urech (GLP) als Ersatzmitglied in die GRPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016 wird Jean-Bernard Urech, GLP, in stiller Wahl gewählt.

Traktandum 3

Nr. 161

Schlussbericht – Kommunale Finanzentwicklung

EINTRETEN

Daniel Zimmermann, FDP, BPK Präsidium, weist darauf hin, dass er dem Präsidenten einen Antrag auf den Tisch gelegt hat, für eine Traktandenänderung, die dem Präsidenten vermutlich unters Eis geraten ist. Der Präsident schaut nach, bestätigt dies und entschuldigt sein Versäumnis. Er liest den Antrag vor. Demnach soll das Traktandum 4 „Interpellation Sanierungsprojekt Winterhalde“, Gesch. Nr. 140 vor dem Traktandum 3 „Investitionsausgabe Winterhalde“ Gesch. Nr. 33 behandelt werden. Begründung: Nach der Behandlung von Traktandum 3 macht die Antwort des Gemeinderats auf die Interpellation keinen Sinn mehr. Da bei der Interpellation die Diskussion gewünscht wird, könnten sich interessante Fakten ergeben, so die Idee. Der Präsident fragt den Rat, ob er mit der Traktandenänderung einverstanden ist. Dieser ist grossmehrheitlich dafür. Die Reihenfolge der Traktandenliste wird geändert.

Der Präsident leitet die Diskussion wieder zurück zum Anfang der (unterbrochenen) Eintretensdebatte bzgl. des Traktandums 3 „Schlussbericht – Kommunale Finanzentwicklung“.

Stefan Kaiser, FDP, weist darauf hin, dass man es ja schon immer wusste, nämlich das „gebunden ist nicht gleich gebunden“ ist. Die Sicht von aussen durch die Firma BDO bestätigt, dass die sogenannten gebundenen Leistungen, die einen grossen Teil der Ausgaben ausmachen, noch einiges an Sparpotential bergen, um die Gemeindefinanzen wieder ins Lot zu bringen. Die FDP-Fraktion bezeichnet es als positiv, dass der Wille zur seriösen Analyse der gebundenen Ausgaben umgesetzt worden ist. Auch, dass die Analyse schliesslich in einem 13-seitigen Entscheidungs-Synopsen-Papier gegipfelt- und resultiert hat.

Zudem wird anerkannt, dass zum Teil Einzelmassnahmen bereits greifen, die durch den Gemeinderat initiiert worden sind. Sowie, dass der Bereich Personal bereits „vor Plan“ liegt. Bedauert wird hingegen, dass wiederum Verzögerungen eingetreten sind und deshalb auch keine der Massnahmen auf das Jahr 2016 budgetwirksam werden. Obwohl von den 57 Vorschlägen in der Synopse nicht jeder mit einem konkreten „Preisschild“ versehen wurde, sind doch Potentialbänder definiert worden. Die FDP sieht, dass einige Massnahmen extrem viel Zündstoff bergen, andere dagegen lassen sich umsetzen. Die FDP nimmt die Herausforderung an und stellt sich der politischen Diskussion, zu dem Geschäft. Die FDP wünscht aber, dass die GRPK, das dicke Papier in einer Vorbehandlung aufbereitet. Der Ball liegt nun beim Einwohnerrat, um Mut zu beweisen, dass man auch jene Kürzungen beschliesst, die möglich sind und auch, dass künftig wieder schwarze Zahlen geschrieben werden.

Rahel Bänziger Grüne/EVP gibt ihrer Freude Ausdruck, dass sie (nach ihrer Amtsdauer als Einwohner-ratspräsidentin bis zum 30.6.2015, Anm. der Schreiberin) wieder mitdiskutieren kann. Die Grüne/EVP bedankt sich beim Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Zum ersten Mal erhält man damit eine Übersicht, über die genaue Personalallokation der einzelnen Produkte. Die neuen Sparmassnahmen erhalten teilweise ein ungenaues Preisschild, erlauben aber die politische Diskussion darüber, welche Leistungen sich Binningen noch leisten will bzw. welche nicht mehr. Sie zeigen ausserdem, welche Leistungen sich Binningen noch leisten kann und welche nicht mehr. Den einen Massnahmen steht die Fraktion zum Teil positiv, anderen vielleicht auch eher ablehnend gegenüber. Weil die Diskussion der einzelnen Massnahmen den Rahmen einer Einwohnerratssitzung sicher sprengen würde, plädiert sie namens ihrer Fraktion auf eine Überweisung des Geschäfts an die GRPK, zur Vorbehandlung. Dann möchte die Rednerin noch kurz zu wichtigen Punkten Stellung nehmen, denn es gibt einige absolute „No goes“ auf der Liste, etwa die Aufhebung von Kleinstpensen. Das betrifft vor allem teilzeitarbeitende Frauen, weshalb sich die Fraktion vehement dagegen wehrt. Des Weiteren nennt sie alle Einsparungen im Präventi-onsbereich, im Alters- und Gesundheitsbereich. Diese Einsparungen sind kurzfristig gedacht, unklug und werden sich später mit viel höheren Kosten wieder in der Rechnung niederschlagen. Die Massnahme Protokollführungen durch die Kommissionen selber lehnt ihre Fraktion ab. Gemäss Rednerin ist der Gemeinderat diesbezüglich schlecht informiert; so schreibt etwa im Landrat das Kommissionssekretariat das Protokoll und sogar den Berichtsentwurf. Ausnahmen bilden die Protokolle der GPK-Subkos. Die Rednerin sieht das Sekretariat als eine gute Unterstützung für den Einwohnerrat, zumal es sich hier um Milizparlamentarier handelt. Am meisten erstaunt sie aber, dass die Abschaffung vom WoV vom Gemeinderat nicht sofort in Betracht gezogen wurde und auch umgesetzt wird. Hier hätte sich die Fraktion eine proaktive Handlung seitens des Gemeinderates sehr gewünscht. Ganz im Gegensatz zu anderen Geschäften, bei denen sich gewisse Gemeinderatsvertreter proaktiv gegen bereits gefällte Einwohner-ratsentschlüsse wehren, wie sie sagt. Die Grüne EVP-Fraktion spricht sich für eine Überweisung des Geschäfts an die GRPK aus.

Susanna Keller, SVP erklärt, dass die SVP-Fraktion die Vorlage zur Kommunalen Finanzentwicklung ausführlich studiert hat. Sie nimmt den Bericht der BBO sowie die daraus resultierende Synopse zur Kenntnis. Die Fraktion ist froh, dass der Bericht nun auf dem Tisch liegt. Mit Genugtuung stellt sie fest, dass noch Einsparungen gemacht werden können. Überrascht ist sie darüber, dass die gebundenen Ausgaben höher liegen, als dies für die Gemeinde Binningen nötig wäre. Das Thema ist komplex, auch gibt es einige Punkte im BDO-Bericht und in der Synopse, die verwirrend oder fraglich sind. Es besteht deshalb Erklärungs- und Diskussionsbedarf. Aufgrund der offenen Fragen, wie Sie schon die Vorredner, etwa Rahel (*Bänziger*) aufgeworfen haben, weil im Einwohnerrat keine Kommissionsarbeit gemacht werden sollte und weil auch die meisten Punkte sowieso in die GRPK gehören, möchte die SVP-Fraktion die ganze Vorlage zur weiteren Prüfung in die GRPK geben.

Eduard Rietmann, CVP/GL,P beschreibt, dass seine Fraktion erstaunt reagiert hat, über den grossen Bericht der BDO. Er bedankt sich für die Unterlagen. Auf den ersten Blick lässt sich feststellen, dass die meisten Punkte bereits im HÜP 1-Bericht diskutiert worden sind. Interessant ist der Bericht aber auf den zweiten Blick, also dort, wo die Aufschlüsselungen zwischen „gebundenen“ und „ungebundenen“ Aus-

gaben ausgewiesen werden. Der Redner bezeichnet es als interessant, den Schlüssel vom Personal einmal schwarz auf weiss vor sich liegen zu haben. Als noch interessanter bezeichnet er die Aussagen dazu, wo die gebundenen Ausgaben reduziert werden können oder dürfen. Also die Kosten und Ausgaben, die aufgrund eines Reglements von Binningen über den Minimalanforderungen von höherem Recht und Gesetz beschlossen worden sind. Da darf man sicher ein Auge drauf werfen, empfiehlt der Redner. Natürlich kann der Einwohnerrat zu jedem einzelnen Punkt eine Meinung haben und einen Beschluss fällen. Im Vordergrund sollte aber im Einwohnerrat die Änderung der Reglemente sein, die den Spareffekt auslösen. Auch während der Budgetdebatte ist die Anpassung der entsprechenden Leistungsaufträge auch der Auftrag des Einwohnerrats, so der Redner. Und auch dort könnte noch gespart werden. Seine Fraktion ist der Meinung, dass das Geschäft nicht im Plenum beraten und beschlossen werden kann. Die Fraktion stellt sich eine 9-er Spezko vor. Nicht weil er als GRPK-Mitglied die Arbeit etwa scheut, sondern weil auf diese Weise eine andere Zusammensetzung stattfinden könnte. Aber ebenso kann sich die Fraktion auch vorstellen, das Geschäft in die GRPK zu geben, insbesondere, weil das Geschäft dort vertraut ist und dort schon behandelt wurde.

Severin Brenneisen, SP: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für das Arbeitspapier und den Schlussbericht. Er empfindet es als richtig, dass der Bericht von der BDO ausgearbeitet wurde und nicht etwa von den Gemeindeangestellten oder vom Gemeinderat selber. Damit ist eine neutralere Sichtweise möglich. Die tabellarische Darstellung der Synopse stellt für den Redner persönlich ein gutes Arbeitspapier dar. Er findet, dass sie bei der weiteren Bearbeitung des Geschäfts sehr hilfreich sein kann. Im Weiteren ist die Fraktion der Ansicht, dass das Geschäft in die GRPK sollte. Der Redner warnt, dass sich die SP gegen allfällige Sparmassnahmen auf dem Buckel der Schwächsten wehren wird. Es hat sehr viele Sachen dabei, insbesondere bei der Bildung, bei denen die SP nicht bereit sein wird, das mitzutragen. Auch hat es sehr viele Gebührenerhöhungen im Arbeitspapier, gegen die es auch noch gewisse Vorbehalte gibt. Gebühren sind etwas, die jeden gleich treffen, so der Redner. Deshalb sollte man dafür sorgen, dass es damit in einer Gemeinde nicht überbordnet.

Mike Keller, FDP, Gemeindepräsident richtet sich an den werten Präsidenten, die geschätzten Einwohnerinnen- und räte, sowie an die Zuschauer. Er bedankt sich herzlich für die positive Aufnahme des Berichts. Auch für die ersten Voten zur Positionierung. Er glaubt, auch wenn dies unausgesprochen blieb, bei den Punkten der Gesamtauswahl BDO oder bei der Synopse durch den Gemeinderat geht es darum, einerseits Kosten zu sparen oder andererseits zusätzliche Einnahmen zu generieren. Aber der Effekt ist immer praktisch überall der „Service Public“, also das, was die Gemeinde ihren Bewohnerinnen und Bewohnern anbietet. Und das ist eine politisch hochbrisante und auch sehr wichtige Diskussion, meint er. Deshalb begrüsst es der Gemeinderat, dass das in einer Kommissionsarbeit überprüft und diskutiert wird und anschliessend im Rat fertig besprochen wird. Denn, die Auswirkungen dieser Massnahmen sind sehr schnell spürbar. Daher handelt es sich auch um eine empfindliche Angelegenheit. Der Gemeinderat hat diesmal - im Gegensatz zum HÜP1 - Vorschläge unterbreitet, obwohl er die Kompetenz in sehr vielen Bereichen gehabt hätte, Massnahmen selber zu beschliessen. Aber aufgrund der sehr hitzigen Diskussion im Parlament hat sich der Gemeinderat dazu entschieden, seine Ideen und Überlegungen als Vorschläge zu deklarieren, was letztlich genau die gleiche Meinungsäusserung darlegt; mit einem Unterschied: Er hat keine Massnahmen sofort umgesetzt, sondern er macht den Bogen für sämtliche Punkte hier, im Parlament. Und damit – und dies als eine „Lehre“ aus HÜP1– der Einwohnerrat die ganze Palette kennt, wurde auch der vollständige Bericht der BDO beigelegt, unterstreicht der Gemeinderatspräsident. Mit dem Vorgehen ist erkennbar, was absolut zwischen Mindestauftrag und der Leistung, so wie sie heute in Binningen angeboten wird, allenfalls verändert werden könnte. Und ergeben sich daraus Punkte, bei denen das Parlament der Meinung ist, darüber diskutieren oder einen fraglichen Punkt aufnehmen zu wollen. Und dies auch dann, wenn der Gemeinderat den betreffenden Punkt in der Synopse noch gar nicht aufgenommen hat. Aus der Diskussion mit HÜP1 weiss man, so der Gemeinderatspräsident weiter, dass die Behandlung der sehr umfangreichen Punkte etwas ist, was nicht unter Zeitdruck geschehen darf. Aus dem Grund bezeichnet er es auch als illusorisch daraus eine Feuerwehrübung zu machen um danach das Gefühl zu haben, das Budget 2016 auf den Kopf stellen zu können.

Aber, so der Gemeinderatspräsident mit Nachdruck, sobald das Parlament Beschlüsse gefällt hat, können sehr viele Punkte angegangen werden, auch noch / schon im betreffenden laufenden Jahr. So wurde das auch bei HÜP1 gehandhabt und bei den Globalaufträgen in verschiedenen Bereichen.
Einwohnerratspräsident Christoph Anliker erkundigt sich erneut bei der CVP-Fraktion, ob sie an ihrem Antrag für eine 9-er Spezko festhält. Diese verneint.

ABSTIMMUNG

Einstimmig angenommen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die GRPK überwiesen

Bemerkung des Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker, der sich dafür entschuldigt sich, dass er zu Beginn der Sitzung vergessen hat, Vorstösse zu erwähnen. Es liegen deren vier vor. Zwei Anfragen werden am Ende der Sitzung beantwortet. Eine zum Schloss, eine andere zum APH. Eingereicht wurden zudem eine Interpellation zu Baulinien und ein Postulat der SVP-Fraktion betreffend der Asylsituation in Binningen.

Traktandum 4

Nr. 140

Interpellation BPK: Sanierungsprojekt Winterhalde

Urs-Peter Moos, Gemeinderat, Parteilos, nimmt zu den Fragen gerne wie folgt Stellung. Es geht ja um die Winterhalde, der ja in dieser Sitzung im nachfolgenden Traktandum ein neuer Vorschlag bzw. das entsprechende Geschäft vorliegt. Zur Frage Nummer 1: „Ist es üblich, dass im Rahmen einer Projektüberarbeitung die Anwohnerschaft mit einem derartigen Aufwand orientiert wird?“. Antwort *Urs-Peter Moos, Gemeinderat*: Der Gemeinderat als Exekutive und Verwaltung beurteilt die Lage jeweils situativ. Das Projekt ist schon seit 2006 im Gange. Entsprechend liegen auch schon diverse Aussagen von Anwohnern vor, in Bezug auf was sie wünschen oder was sie eben nicht wünschen. Der Gemeinderat hat in dem Fall entschieden, den Dialog mit der Anwohnerschaft aufzunehmen. Urs-Peter Moos weist auf den Beschluss des Einwohnerrats vom 24.2.2014 hin. Demnach sollen Anwohner bei solchen Projekten vermehrt einbezogen werden. Im vorliegenden Fall wurde das auch so gemacht, auch aus dem Grund, weil das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen worden ist. Die zweite Frage erklärt der zuständige Gemeinderat mit dem vorliegenden Geschäft - das nachfolgend im Rat behandelt wird - als beantwortet. Und die dritte Frage erklärt der zuständige Gemeinderat ebenfalls als mit dem vorliegende Geschäft als für beantwortet.

Daniel Zimmermann, FDP, BPK-Präsidium erklärt, dass er, als Interpellant, nicht zufrieden ist, mit der Antwort. Er beantragt deshalb die Diskussion.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bestätigt, dass dies möglich ist, gemäss Einwohnerratsreglement. Dafür muss die Hälfte des Einwohnerrats zustimmen. Er bittet den Rat um Abstimmung.

ABSTIMMUNG Antrag Daniel Zimmermann, FDP, für eine Diskussion seiner Interpellation

://: Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

DISKUSSION

Christoph Maier, FDP erinnert, dass der Einwohnerrat an der Sitzung vom 28.11.2013 verlangt hat, dass ihm ein Projekt vorgelegt wird, welches ohne Landabtretungen auskommt. Wenn man nun sieht, was im

nachfolgenden Geschäft vorgelegt wird, so ist der Beschluss nicht umgesetzt worden, folgert der Redner. Es handelt sich wiederum um ein Projekt, das zwei Varianten vorsieht, wobei bei beiden Landabtretungen vorgesehen sind. Selbstverständlich ist die Frage deshalb noch nicht beantwortet, hält der Redner dem Gemeinderat vor. Dies umso weniger, indem man etwa sagt, dass im vorgelegten Projekt zwei Varianten zur Auswahl stehen. Eine Variante ohne Landabtretung fehlt. Auch fehlt eine Begründung, weshalb es ohne Landabtretung nicht geht. Der Redner findet eine sachliche Antwort wäre angebracht gewesen. Dies umso mehr, wenn man sich auf diese Weise über einen expliziten Beschluss des Einwohnerrats hinwegsetzen möchte, wie es der Redner ausdrückt.

Beatrice Büschlen Grüne/EVP bezeichnet sich ebenfalls als irritiert von der Antwort und dem nächstfolgenden Traktandum. Wo der Einwohnerrat ein Strassensanierungsprojekt verlangt, behandelt der Gemeinderat das Geschäft noch immer als Neuanlage. Sie wünscht eine Begründung.

Urs Brunner, SVP erklärt, dass der Einwohnerrat an der Einwohnerratssitzung vom 24.2.2014 den Gemeinderat beauftragt hat, eine Investitionsvorlage für eine Strassensanierungs- und Werkleitungsprojekt ohne Trottoirausbau und ohne Landabtretungen auszuarbeiten. Der Gemeinderat legt nun in dem Geschäft zwei Varianten vor, eines mit einem Trottoir und das andere ohne Trottoirausbau. Beide Varianten sehen eine Landabtretung vor. Eine Variante, die der Einwohnerrat dem Gemeinderat beauftragt hat, wird vollkommen ignoriert, stellt der Redner fest. Der Redner stellt sich deshalb die Frage, weshalb der Gemeinderat den Auftrag vom Einwohnerrat ignoriert hat und bemerkt: Im Militär würde man dazu sagen, „Auftrag nicht erfüllt, wiederholen!“. Gemäss Strassennetzplan müssen in Binningen bei 24 Strassen oder zumindest Teilen davon die Trottoirs erweitert werden. Der Gemeinderat hat ebenfalls an der Einwohnerratssitzung vom 24.2.2014 den Auftrag erhalten, dem Einwohnerrat eine Gesamtbetrachtung vorzulegen, das heisst, über die Finanzierbarkeit und zum Ausbaustandard. Jedoch, das fehlt. Die SVP-Fraktion verlangt vom Gemeinderat, dass er die Variante ohne Trottoirausbau und ohne Landabtretung ausschafft und vorlegt, und möchte diese anschliessend in die BPK überweisen.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker weist Urs Brunner, SVP, darauf hin, dass noch immer über die Antwort der Interpellation diskutiert wird und dass das Geschäft Strassensanierung erst im nachfolgenden Traktandum behandelt wird.

Thomas Hafner, CVP, stellt fest, dass Urs Brunner, SVP, praktisch mit seinen Worten gesprochen hat. Er gibt zu verstehen, dass es sich um einen klipp- und klar verbindlichen Auftrag vom Einwohnerrat an den Gemeinderat handelt, also einen Auftrag für eine Strassensanierung ohne Trottoir. Deshalb ist der Redner der Meinung, dass sich der Gemeinderat mit seiner Antwort klar über den Entscheid des Einwohnerrats hinwegsetzt.

Gaida Löhr, SP, zitiert nochmals die Frage 2 der Interpellation. Dort heisst es, „*gedenkt der Gemeinderat diesen Beschluss umzusetzen?*“. Die Antwort des Gemeinderats überrascht sie, weshalb sie an der Stelle nochmals nachhaken möchte, ob sie die Antwort des Gemeinderats – den Beschluss nicht umzusetzen – auch richtig verstanden hat.

Roger Moll, Parteilos, gibt sich überrascht von den Voten im Rat. Seiner Ansicht nach müsste der Einwohnerrat doch genauer wissen, worum es geht. So wurde doch der Strassennetzplan vor acht Jahren vom Einwohnerrat bewilligt, dann wurde er von der Regierung bewilligt. Damals, im Zusammenhang mit der ersten Vorlage Winterhalde, hatte er mit der Verwaltung Kontakt aufgenommen. Dies im Wissen, dass ähnliche Fälle wie der Fall Winterhalde vorliegen, so bei 24 weiteren Strassen in Binningen. Er beschreibt, wie er damals die Diskussion aufbringen wollte, die 24 Strassen aus dem bewilligten Strassennetzplan mit den geometrischen Änderungen vom Einwohnerrat und der Regierung herauszunehmen. Dies in der Absicht, beim Ausbau der 24 Strassen weniger um eine optimale Lösung, als vor allem um eine finanziell tragbare Lösung bemüht zu sein. Die Auskunft der Verwaltung an die Adresse des Redners war damals, dass seine Idee im Grunde genommen richtig war. Damals wollte er einen Vorstoss machen. Aber wenn man von der Gemeinde Binningen nach sieben Jahren an die Regierung gelangt und

sagt, wir haben eine Änderung des bewilligten Netzplans, dann gibt es, – wie man sieht – Probleme, stellt der Redner fest. Aus den bisherigen Voten im Rat schliesst der Redner, dass einige Anwesende nicht hinreichend über die geltenden gesetzlichen Grundlagen orientiert sind. Eine Sanierung der Winterhalden ist seiner Ansicht nach gegeben. Auch deshalb, weil die Kanalisationen sowieso gemacht werden müssen, aufgrund vom GEP, etc. Nochmals erwähnt er, dass er überrascht ist, von der Unkenntnis des Rats in der Sachlage und bei den gesetzlichen Zusammenhängen, die immerhin einst vom Einwohnerrat beschlossen wurden.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, merkt an, dass es der Gemeinderat als sinnvoller empfunden hätte, diesbezügliche Erläuterungen im eigentlichen Geschäft zu machen. Er beschreibt dann, dass es einen klaren „Aufbau“ gibt: Demnach sind die Exekutive und die Verwaltung für die Planung von Strassen zuständig, der Einwohnerrat dagegen für den Kredit. Soviel zum Grundsatz, hält der Gemeinderat fest. Der Auftrag bzw. der Beschluss, den der Einwohnerrat getroffen hat, ritzt soweit den Grundsatz. Vor dem Hintergrund des Strassenreglements und des Strassennetzplans – und dies ist das Entscheidende – handelt es sich bei der Winterhalde um eine Erschliessungsstrasse und nicht um einen Erschliessungsweg. Dieser ist soweit definiert, dass der Ausbaustandard 4 Meter 50 beträgt. Der Gemeinderat verweist darauf, dass ein Strassen- und Baulinienplan existiert, der eine Strasse von 5 Metern Breite vorsieht. Dieser muss im Nachgang angepasst werden, was mit Kosten im fünfstelligen Bereich verbunden ist. 4 Meter 50 und einseitig mindestens ein Trottoir, schreibt das Reglement vor und dort sind auch die „Richtwerte“ erwähnt. Als Fussnote heisst es im Reglement weiter: „...in begründeten Fällen kann davon abgewichen werden...“. Der Gemeinderat präzisiert, dass die Plausibilität gewährt sein muss, respektive, es soll mit dem, was realisiert wird, der Funktionalität der Strasse, entsprechend dem Strassennetzplan, eingehalten werden. Man bewegt sich nicht im luftleeren Raum, weist der Gemeinderat die Anschuldigung von sich, dass sich der Gesamtgemeinderat und die Verwaltung über einen Beschluss des Einwohnerrates hinwegsetzen. Der Gemeinderat erklärt, dass dies die Situation ist, wenn eine solche Sanierung realisiert werden muss und wenn es darum geht, eine Situation zu bereinigen. Er wiederholt, dass das Reglement vom Einwohnerrat verabschiedet wurde. Bei der Umfrage unter den Anwohner, so der Gemeinderat weiter, wurde die Landabtretung – jedenfalls sicher bei der einen Variante – von niemandem in Frage gestellt. Und die Mehrheit der Anwohner hat sich für ein Trottoir ausgesprochen, erklärt er weiter. Der Gemeinderat schliesst daraus, dass der Gesamtgemeinderat und die Verwaltung mit dem Geplanten und mit dem Vorgehen offenbar doch auf fruchtbaren Boden gestossen sind. Bei der Beantwortung der Frage 1 hat er bereits darauf hingewiesen, dass die Anwohner einbezogen werden sollen. Wenn ein solcher Beschluss oder Hinweis im Grundsatz dann auch vom Einwohnerrat aufgenommen wird, gibt es auch ein entsprechendes Resultat, meint der Gemeinderat.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, erlaubt sich eine ganz kleine Korrektur anzubringen. Der Einwohnerrat ist zwar für Kreditsprechung massgebend. Aber er hat als Legislative einen Strassenlinienplan beschlossen. Gemäss Ausführungen des zuständigen Gemeinderats müsste die BPK den Auftrag erhalten, den Strassenlinienplan, wie ihn Roger Moll aufgezeigt hat, zu überarbeiten. Und zwar ungeachtet dessen, ob es 6, 8 oder 12 Jahre her sind. Der Gemeinderat ist nicht dazu da, beim Kanton „Lieb Kind“ zu machen, sondern er soll die Interessen Binningens durchsetzen. Der Redner erinnert nochmals daran, dass der Einwohnerrat den Strassenlinienplan beschliesst.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, erwidert dazu, dass wenn man sich fachlich mit der Vorlage auseinandersetzt, erkennt, dass alles auf einer sachlichen, fachlichen Ebene abgehandelt worden ist. Mit „Lieb Kind machen“ beim Regierungsrat hat das nichts zu tun, entgegnet er dem Vorredner. Jeder einzelne Anwohner hat einen Talon ausgefüllt und ihn unterschrieben. Daraus lässt sich erkennen, dass die Interessen der Anwohner berücksichtigt wurden und damit auch jene der Gemeinde Binningen. Es gilt der Grundsatz, dass die Strassen im Allgemeinen durchlässig sein sollen. Es gibt keine Sonderbehandlungen für einzelne Strassen, es handelt sich bei allen um Erschliessungsstrassen. Die Idee dahinter ist, dass sich der Verkehr gleichmässig verteilt, so dass auch die Anwohnerschaft nicht ungleichmässig belastet ist.

Daniel Zimmermann, FDP, BPK-Präsidium, meint, dass der sogenannte Strassennetzplan, Bau- und Strassenlinienplan als Planungsinstrument eine gewisse Planungssicherheit für die Zukunft bieten soll. Er gibt dem zuständigen Gemeinderat in einem Punkt dahingehend recht, dass - wenn eine Strasse neu ausgebaut wird, also ein Neubau erstellt wird - dass sie dann nach dem dazu gültigen Strassennetzplan Bau- und Strassenlinienplan gebaut werden soll. Es gibt Ausnahmen, wie der Gemeinderat erwähnt hat. Wenn sich der Redner aber an den Einwohnerratsbeschluss erinnert, der damals die BPK beschäftigt hat, geht es um etwas anderes. So hatte der Einwohnerrat damals beschlossen, dass er keinen Neuausbau wünscht. Das heisst, er will kein Trottoir, sondern er wünscht die notwendigen Wegleitungssanierungen realisiert zu haben, wie etwa die Kanalisation bzw. die GEP-Massnahmen. Auch will er die Strasse oder den Weg, in einem ordentlichen baulichen Zustand wieder instand gestellt haben. Aus diesem Gedanken und Beschluss heraus hat der Einwohnerrat dann eine Strasse instand gestellt, mit Wegleitung ohne Trottoir und ohne Landabtretung, beschlossen. Der Redner wirft dem zuständigen Gemeinderat vor, immer um diesen Fakt „herum zu reden“. Jedoch möchte er daran erinnern, dass in der nämlichen Interpellation (Frage 2) klar die Frage gestellt wurde, ob man den Beschluss umsetzen möchte oder nicht. Man kann darüber noch lange diskutieren und wird dies wohl auch im nächsten Geschäft noch tun, so der Redner weiter.

Lucas Metzger, CVP, fragt sich, ob man mit der Zeit nicht etwas schlauer werden könnte. Der Strassennetzplan wurde zu einem Zeitpunkt erstellt, bei dem Geld in Binningen noch keine grosse Rolle spielte. Er erinnert an die 24 Strassen von Wegen, auch ist der betreffende Weg geteert. Er ist dort am vergangenen Sonntag spazieren gegangen und hat den Weg auch befahren. Er hat festgestellt, dass die Leute die dort wohnen, ihre Häuser dort gebaut haben, im Wissen, dass es ein Weg ist, der geteert ist. Der Redner sieht nicht ein, weshalb man diese Wege nicht einfach so als „Wege“ sein lassen kann. Er möchte erfahren, weshalb die Wege immer noch toller und noch besser werden müssen und bezeichnet das Ganze als Schildbürgerstreich. Niemand kommt seiner Meinung nach auf die Idee, die Winterhalde mit dem Auto zu befahren, wo es doch links und rechts ausgebaute Strassen hat, er bezeichnet das ganze Vorhaben als Mumpitz. Es wurde eine schöne Treppe gebaut, die 340'000 oder 350'000 Franken kostet, was verrückt ist. Und dies, obwohl zuvor beschlossen worden ist, dass es nicht eine solche werden sollte. Binningen muss aufhören, fordert der Redner, Luxuslösungen zu realisieren und stattdessen zu normalen Lösungen zurückkehren. Die Strasse, die ein Weg ist, ist beschädigt und muss geflickt werden. Und weil man eine Kanalisation braucht, gibt es einen neuen Belag. Der Redner findet, dass es nicht gleich einen Unterbau oder sonst etwas „wahnsinniges“ werden muss. Die Leute haben den Weg gehabt, wohnen dort und können den auch weiterhin haben, schliesst er.

Severin Brenneisen, SP, schliesst sich dem Vorredner an. Er fügt an, dass, verglichen mit dem ersten Geschäft, die heutigen zwei Vorschläge schon wesentlich modifizierter sind und auch schon wesentlich in die richtige Richtung gehen. Er möchte aber den Gemeinderat noch zusätzlich auf den Punkt 2 der Interpellation ansprechen. Dort ist das Stichwort „Landabtretung“ aufgeführt. Nun möchte er vom Gemeinderat wissen, ob allenfalls auch schon einmal eine „Landumlegung“ geprüft wurde. Denn die betreffende Parzelle, bei der Land weggenommen werden soll - sie liegt in der Kurve - grenzt auch an ein Landstück der Gemeinde. Und mit einer Umlegung könnte allenfalls das ganze Geschäft ein bisschen entschärft werden, so seine Idee.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos erklärt in der Antwort an die Adresse von Lucas Metzger, dass die Strasse mit einer Schlosstreppe nichts zu tun hat. Er wünscht, dass man bei solchen Diskussionen thematisch bei den Projekten bleibt und die Dinge nicht miteinander vermischt. Der Strassennetzplan zeigt seiner Ansicht nach klar auf, dass es sich um eine Strasse handelt, d. h. um eine Erschliessungsstrasse und nicht um einen Erschliessungsweg. Wer von Mumpitz spricht, dem möchte er entgegen, dass beim Verkehr Messungen gemacht wurden. Demnach ist es offensichtlich, dass die Strasse nicht nur von den Anwohnern genutzt wird, sondern auch – und dies wiederum vor dem Hintergrund, dass sich der Verkehr gleichmässig verteilt – von den Menschen, die in den anderen Strassen zu Hause sind.

Wer die Situation dort kennt, sieht zudem, dass es für gewisse Anwohner dort oben Sinn macht, dort durchzufahren, denn es ist gleichzeitig auch der kürzeste Weg. Damit können Umwege von mehreren hundert Metern vermieden werden, gleichzeitig werden damit andere Anwohner nicht belastet. Der Gemeinderat bedankt sich dann für den Hinweis „Landumlegung“. Wer aber dort vor Ort ist, die Situation sieht und prüft, erkennt, dass gerade das Haus in der Kurve schon seit Jahrzehnten darstellt, wie man eigentlich die Landabtretung vorweg genommen hat. Der Gemeinderat erinnert erneut, dass sich bei der Anfrage unter den Anwohnern zumindest bei der einen Variante kein einziger Grundeigentümer gegen die Landabtretung gewehrt hat. Ausser bei der Variante, bei der 8m² zusätzlich mit dem Trottoir benötigt werden, gibt es keine einzige Situation, bei der einem Grundeigentümer etwas weggenommen wird, was nicht schon lange antizipiert ist. Nachdem in der letzten Einwohnerratsdebatte sehr viel darüber diskutiert wurde, was die Anwohner möchten oder angeblich nicht möchten - was auch eins zu eins überprüft wurde, gemäss dem Gemeinderat - bittet Urs-Peter Moos den Einwohnerrat, darüber nachzudenken, was die Bedürfnisse der Anwohner sind. Er bittet ausserdem zu bedenken, dass eine solche Strasse, wenn sie einmal saniert ist, für die nächsten 50 Jahre saniert sein wird. Seiner Meinung nach sind daher gewisse Fragestellungen wie etwa die „Schlosstreppe“ usw. eher zu vernachlässigen. *Einwohnerratspräsident Christoph Anliker* bezeichnet das Traktandum als für ausgiebig diskutiert und möchte beliebt machen, das Traktandum zu verlassen, allerdings nicht das Thema.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Traktandum 5

Nr. 33

Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau (CHF 438 700) und Abwasserleitungsbau (CHF 213 000) an der Winterhalde

EINTRETEN

Keine Wortmeldungen

DETAILBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP, BPK-Präsidium, stellt sich die Schlagzeilen in den Zeitungen am Tag nach der Einwohnerratssitzung folgendermassen vor: „Die Politik in Binningen hat Probleme!“. Er ergänzt, dass die vom Gemeinderat hervorragend ausgeschaffene Vorlage zeigt, was damit gemeint ist. In der Sachpolitik wurden in den letzten Jahren mit viel Diskussionen gute Resultate erzielt. Ging es aber um die Akzeptanz von Entscheiden im Parlament, so stellt er bei gewissen Gemeinderäten etwas an Mühe fest, was nicht geduldet werden kann. Es ist unverständlich, so der Redner, weshalb ein Beschluss des Einwohnerrates nicht umgesetzt wird und zum gleichen Thema eine detaillierte Vorlage ausgearbeitet wird, die nicht diesem Beschluss entspricht. Im Rahmen aller SpARBEMÜHUNGEN ist auch der Verwaltungsaufwand für die Erarbeitung solcher Vorlagen ein Thema. Der Redner fragt sich, wieviel Arbeitsstunden für so etwas aufgewendet wird. Der Aufwand wäre lieber in ein Projekt investiert worden, dass vom Einwohnerrat beschlossen wurde und das auch Sinn macht. Wenn der zuständige Gemeinderat den Beschluss des Einwohnerrats nicht akzeptieren möchte, dann möchte auch die FDP mit grossem Unmut das Geschäft Nummer 33 nicht behandeln. Sie stellt den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen. Der Auftrag an den Gemeinderat ist somit klar, er kann im Beschluss vom Einwohnerrat vom 24. Februar nachgelesen werden, schliesst der Redner.

Beatrice Büschlen, Grüne, erklärt, dass man sich im Rat ständig mit „HÜP’s“ und „KAP’s“ und Sparmassnahmen beschäftigt. Zum wiederholten Male erhält man hier eine Vorlage, die das Kostenbewusstsein vom Rat komplett ignoriert. Der Einwohnerrat hat am 24. Februar 14 einstimmig die Anträge der BPK gutgeheissen. Es ist eine Investitionsvorlage für Strassensanierungen – also keine neue Anlage – und kein Werkleitungsprojekt ohne Trottoir und Landabtretungen. Die Grüne / EVP sind weiterhin der Meinung, dass in diesem Fall genügend Spielraum besteht, die Strasse noch nicht nach Vorgabe des Strassenreglements auszuarbeiten. Die Rednerin bezeichnet es als übertrieben und sieht die Sparbemühungen der Gemeinde torpediert. Es bestehen keine gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen bis wann eine Strasse „comme il faut“ - also gemäss Strassenreglement - auszuarbeiten ist. Man kann das nämlich auch bei einer nächsten Strassensanierung, bei einem nächsten Werkleitungsbau, evt. künftig auch bei Glasfaserarbeiten oder bei geplanten neuen Überbauungen in Betracht ziehen. Im GEP kann man sich auch 60 Jahre Zeit lassen, erinnert sie. Aufmachen, Abwasserleitungen ersetzen, wenn nötig noch den Untergrund sanieren, dann zumachen! fordert sie und fragt in die Runde, wo das Problem ist. Die Grüne / EVP zeigen sich überrascht über die Zwängerei. Nicht zuletzt haben die Erwähnungen vom Zufallsmehr bei der Einwohnerbefragung bei der Fraktion leichtes Stirnrunzeln verursacht. Hier wäre beispielsweise interessant zu erfahren, wie die Fragestellung war, man kann das nämlich fragen und „fragen“ bemerkt die Rednerin. Auch liest man in der Stellungnahme der Feuerwehr zur Variante 2 über den Rückbau – wie war dort wohl die Fragestellung, möchte sie weiter wissen. Weder wurde über einen Rückbau gesprochen noch wurde ein solcher verlangt, ist sie überzeugt. Die Grüne / EVP sind gegen jegliche Variationen, weder mit Zuckerschlagrahm noch mit Pralinés. Der Auftrag ist klar, hält die Rednerin fest. Auch die Kostenübersicht hat die Fraktion erstaunt. Braucht es für einen Abwasserleitungsbau auch Baustelleneinrichtungen, die gleich hoch sind wie bei der Strasse oder Belagsarbeiten im Untergrund? Oder für die Entwässerungen einmal 24 und einmal 123 000 Franken oder im Gesamten für Projekt- und Bauleitung, 100 000 Franken. Sie gibt bekannt, dass die Grüne / EVP einer Überweisung in die BPK zustimmen und dort die ganzen Informationen, Projektänderungen kontrollieren werden. Die Fraktion würde auch eine Rückweisung unterstützen, so die Rednerin. Dann möchte sie noch eine kurze Bemerkung anbringen, zu den restlichen Strassen, die nicht „comme il faut“ ausgebaut sind: Sie erwähnt 24 Strassen, die alle zwischen einer halben- und 1,5 Mio. – je nach Länge – kosten werden. Das sind Strassenbauprojekte, die insgesamt mindestens 12 Mio. Franken kosten werden, rechnet sie mit Betonung auf „mindestens“. Sie ist überzeugt, dass das nicht im Sinne der Ortsplanung und der neuen kantonalen Strassenbauvorschriften sein kann. Sie bittet deshalb die BPK, sich der Problematik bei Gelegenheit anzunehmen.

Thomas Hafner, CVP, möchte sich kurz fassen, nachdem seine Vorredner nun wirklich schon alles gesagt haben. Der Redner erinnert, dass die CVP / GLP-Fraktion das Geschäft in die Bau-Planungskommission schicken wollte, um es nochmals zu besprechen. Die Fraktion war aber klar der Meinung, dass der Auftrag, nicht wie gewünscht in dieser Vorlage ausgearbeitet worden ist. Es herrscht die Meinung, dass der Einwohnerrat nicht ernst genommen worden ist. Es wurde als „schräg“ empfunden, dass etwa den Einwohnern etwas vorgegaukelt wurde, indem gesagt wurde, dass es eine zweite Variante gibt, wobei die eine mit und die andere ohne Trottoir. Und dies, erinnert der Redner, obwohl klipp und klar gesagt wurde, dass nur eine Instandhaltung ohne Trottoir gewünscht wird. Die Fraktion ist heute soweit, dass sie auch eine Rückweisung des Geschäfts beantragen würde.

Urs Brunner, SVP, spricht sich namens der Fraktion für eine Rückweisung aus.

Roger Moll, Parteilos, fragt erstens: Wenn man den Argumenten folgt, bezüglich Ausbau und hohem Standard, weshalb hat man dann „Ja“ gesagt hat zum Schafmattweg? Das ist eigentlich derselbe Fall. Zweitens, es ist in der Gemeinde Binningen noch nie vorgekommen, dass für eine Bauvorlage respektive für eine Tiefbauvorlage zwei Varianten vorlagen. Drittens, was hat die Bau- und Planungskommission in 24 Sitzungen gemacht, wenn jetzt zwei Vorlagen auf dem Tisch sind, bei denen man entscheiden kann, will man Version 1 oder 2? Der Redner möchte vorausschicken, dass seine Fraktion gegen eine Rückweisung auch an die Bau- und Planungskommission ist. Seine Fraktion tendiert auf Variante 2, weil dort

genau das ist, was in der Interpellation moniert wird – nämlich kein Trottoir. Und wenn dort eine Sicherung gemacht werden soll bezüglich „kein Trottoir“, dann kann mindestens der Abschnitt, bei dem allenfalls ein Trottoir gemacht werden soll, vom Tiefbau baulich folgendermassen umgesetzt werden: Es wird auf der ganzen Länge der Winterhalde ein 1 Meter breiter Schalenstein runtergezogen. Der Redner ist sich sicher, dass dies nochmals günstiger ist, als die Variante 2 schon beinhaltet. Er verweist darauf, dass er unendlich viele solcher Strassen und Sanierungen und Neukonzeptionen in der Gemeinde Riehen machen musste und dass er genau vor solchen Problematiken gestanden sei, die der Rat zurzeit diskutiert. Aus dem Grund empfindet er es als obsolet, dass jetzt nochmals eine Rückweisung gemacht werden soll. Dies nicht zuletzt in Anbetracht des finanziellen Aufwands und der vielen Sitzungen seitens der Verwaltung. Ausgerechnet jene, die immer auf den Finanzen herumbohren und zum Sparen anhalten, verlangen jetzt nochmals eine zusätzliche Sitzung, wo doch jetzt die Variante 2 schon verabschiedet werden könnte. Damit lassen sich auch Kosten sparen, ist er überzeugt.

Anne Platten, SP / Parteilos, erwähnt, dass in der Fraktion auch darüber diskutiert wurde. Auch wurde vieles dazu bisher im Rat gesagt. Die Rednerin sieht es als gutes Zeichen, dass darüber diskutiert wird, auch wenn es unangenehm ist – ansonsten wäre die erste Vorlage bestimmt schon lange umgesetzt worden. Jetzt passiert halt leider das Gegenteil, stellt sie fest. Es geht sehr lange, bis man etwas findet, dass die Unterstützung erhält. Aber so ist halt die Realität. Die Rednerin wollte nur sagen, dass die beiden neuen vorliegenden Varianten eine Verbesserung sind, verglichen mit der Ursprungsvariante. Beide bedeuten eine Redimensionierung vom Ursprungsprojekt bzgl. der Strassenbreite wie auch bzgl. des Weglassens des Anwender-Beitragsverfahrens. Und das ist etwas, was alle unterstützen. Beide vorliegenden Varianten kommen dem Einwohnerratsbeschluss vom 24.2.2014 in ein paar Punkten entgegen, jedoch nicht abschliessend, es reicht nicht. Und so sieht es auch ihre Fraktion. Dort sind die Meinungen uneinheitlich: Ein Teil unterstützt, dass die Vorlage an die BPK zurückgeht, der andere Teil ist für Rückweisung.

Urs Weber, SVP, beruft sich auf das Votum von Roger Moll und darauf, dass die Pläne damals vom Einwohnerrat genehmigt wurden. Der Redner greift einen Fakt auf, der bisher nicht erwähnt wurde, nämlich, dass damals Tempo 50 herrschte. Heute gilt dort Tempo 30. Der Redner will sich darauf allerdings nicht ganz festlegen und wünscht, dass man ihn allenfalls korrigiere, falls er falsch informiert sei.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, erklärt, dass in Binningen – mit einigen Ausnahmen – auf den Hauptsammelstrassen etc. – flächendeckend Tempo 30 gilt. Darauf wurde nach dem politischen Prozess die Ortsplanrevision ausgerichtet und damit verknüpft wurden in der Folge der Strassennetzplan und das Strassenreglement. Als dies der Einwohnerrat das beschlossen hatte, herrschte schon lange Tempo 30 beim Schafmattweg und bei der Winterhalde. Wenn man die Situation beim Schafmattweg anschaut - und - übrigens - mit den Anwohnern spricht, dann merkt man, dass die Anwohner dort sehr zufrieden sind, folgert der Gemeinderat. Er möchte an der Stelle noch weitere Inputs zu diversen Stellungnahmen geben: Der Einwohnerratspräsident hat eingangs sehr schön erwähnt, dass die Wahlen nicht mehr so weit weg sind. Die FDP hat sich Mühe gegeben, „auf den Mann“ zu spielen, obwohl ja auch der FDP bekannt sein dürfte, dass Geschäfte, die im Einwohnerrat vorgelegt werden, jeweils durch den Gesamtgemeinderat gehen. Der Gemeinderat beschreibt, dass auch er einmal das Privileg hatte, „auf der anderen Seite“ zu sitzen. Wenn man nun das Verhalten der FDP beobachtet – einer Partei, die sich dem Sparen im Strassenbau verschrieben hat und damals Vorstösse nicht unterstützt hat, um unnötige Strassenverbauungen zu verhindern, dann weiss man, dass man offenbar schon jetzt im Wahlkampf steckt, so der Gemeinderat. Dann erwähnt er, dass davon gesprochen wurde, dass es sich nicht um einen „Rückbau“ handelt, bei dem, was damals im Einwohnerrat beschlossen wurde. Abgesehen davon hat es die Sprecherin der SP-Fraktion auf den Punkt gebracht, meint der Gemeinderat. Das lässt sich auch an den Quadratmeterzahlen in der Vorlage erkennen, die sehr detailliert geschildert werden und darüber Auskunft geben, wieviel asphaltierte Fläche mit dem Strassenprojekt weniger benötigt werden. Aufgrund der Faktenlage muss der Gemeinderat der Sprecherin der Grünen / EVP-Fraktion klar widersprechen. Das jetzt sogar hier, bei beiden Projekten, ein Rückbau der jetzigen Strasse stattfindet, ist ein Fakt. Und

dabei ist nicht die Rede von einer unerheblichen Quadratmeteranzahl. Bezüglich „Landabtretungen“ und der Möglichkeit auf 3 Meter zurückzugehen, erläutert der Gemeinderat, dass die Fahrzeuge und die Müllabfuhr gerade im Kurvenbereich definitiv mehr Platz benötigen. Auf Planungs- und Exekutivebene wurde alles unternommen, dass das Geschäft auch gesetzlich vereinbar ist (*der Gemeinderat verweist auf seine Worte anlässlich der Beantwortung der Interpellation*). Aus dem Grund hat der Gemeinderat zwei Varianten vorgelegt, um die Sache zu einem positiven Ende zu bringen. Bei beiden Varianten handelt es sich um einen klaren Rückbau, erklärt er. Was die Umfrage anbetrifft, so der Gemeinderat weiter, so wurde diese offen durchgeführt. Bei der einen Variante ohne Trottoir liegt keine einzige Rückmeldung eines Grundeigentümers vor, dass dieser Teil seiner Parzelle, die jetzt schon seit Jahrzehnten geteert ist und schon seit Jahrzehnten als Strasse benutzt wird und die jetzt sogar noch reduziert (der asphaltierte Bereich) wird, dass jemand damit nicht einverstanden wäre. Die Leute haben ja auch ein Interesse daran, dass die Liegenschaft dort vernünftig erschlossen ist. Daher – schliesst der Redner – handelt es sich um eine Vorlage, bei der alles so weit wie möglich berücksichtigt wurde.

ABSTIMMUNG Rückweisungsantrag FDP

Ja: 26

Nein: 3

Enthaltungen: 4

Der Rückweisungsantrag ist angenommen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Nachtrag des Gemeinderatspräsidenten, Mike Keller, FDP: Er stellt fest, dass Rückweisung beschlossen wurde. Das heisst für den Gemeinderat, dass der Einwohnerrat mit diesen beiden Vorlagen nicht einverstanden ist. Der Gemeinderatspräsident betont, dass der Gemeinderat keine neue und keine frische Variante vorlegen wird. Schliesslich sind das, was der Gemeinderat präsentiert- und versucht hat, im Rahmen des Berichts darzulegen, Möglichkeiten, die der Gemeinderat hat. Dabei hat er versucht, auf der einen Seite den letzte Beschluss des Einwohnerrats- und auf der anderen Seite die bestehenden Rahmenbedingungen aufzunehmen. Allerdings scheint das nicht möglich zu sein, stellt der Gemeinderatspräsident fest. Auch eine gemeinsame Diskussion darüber scheint nicht möglich zu sein. Der Gemeinderatspräsident gibt seinem äussersten Bedauern Ausdruck, dass das Geschäft nicht auf einer sachlichen Ebene, sondern emotional diskutiert wird. Und er empfindet es als schade, dass die Leidtragenden der Diskussion Anwohner der fraglichen Strasse sind. Daher – so der Gemeinderatspräsident – wird der Beschluss des Einwohnerrats zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderatspräsident empfindet es für alle Beteiligten, für die Verwaltung und für alle die das Budget oder das Gemeindegeld angesprochen haben, als müssig, dass man weiterhin Geld ausgibt, für solche Aktionen. Der Gemeinderat wird sich aber Gedanken darüber machen, wie er grundsätzlich damit umgeht. Das Parlament hat einen Strassennetzplan, ein Strassenreglement verabschiedet. Diese Grundlage ist verbindlich. In dem Moment wo sie beschlossen ist, ist sie auch für das Parlament so lange verbindlich und rechtskräftig, bis entsprechende Anträge zu Änderungen oder zur Aufhebung im Rat eingegangen sind und dann rechtskräftig umgesetzt werden. Und deshalb – so der Gemeinderatspräsident abschliessend – so lange die Situation nicht bereinigt wird, dreht man sich im Kreis und provoziert weitere und ähnliche Diskussionen (schliesst und bedankt sich).

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, möchte als Ratspräsident darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat mit Mehrheit einen Beschluss gefasst hat. Diese Mehrheit sollte seiner Meinung nach reichen, um dem Gemeinderat die entsprechende Legitimation zu geben, den Auftrag auszuarbeiten. Deshalb nimmt er die Aussage des Gemeinderats, dass er sich nicht an den Beschluss halten möchte, zur

Kenntnis. Der Einwohnerratspräsident ist jedoch der Meinung, dass das niemanden einen Schritt weiter bringt, weil beide Gremien, der Einwohnerrat und der Gemeinderat, unterschiedliche Haltungen haben. Irgendwo muss man sich einmal finden, findet er. Wäre dies dereinst der Fall, so seine Überzeugung, müsste man den betreffenden Einwohnerratsbeschluss umsetzen. Dies, weil der Einwohnerrat den Investitionskredit und das Reglement bestimmt, beispielsweise den Antrag stellt oder auch Reglementsänderungen behandelt. Er spricht sich dafür aus, dass in Zukunft nicht die Konfrontation gesucht wird und anstatt auf emotionaler- wieder auf sachlicher Ebene diskutiert wird. Das erspart viel Ratsarbeit und Geld, ist doch jede Minute, in der über das Thema diskutiert wird, seiner Meinung nach eine Minute zu viel. Es hat keinen Sinn, dass man sich – wie eben vom Gemeindepräsidenten gesagt – im Kreise dreht. Der Einwohnerratspräsident zeigt sich erfreut, dass man sich in diesem Punkt einig ist.

Traktandum 6

Nr. 167

Mutation Quartierplan Rebgasse 108

EINTRETEN

Severin Brenneisen, SP, äussert sich zu den Worten von Gemeindepräsident Mike Keller. Er versteht den ganzen Frust ein Stück weit, denn dem Einwohnerrat geht es ja gewissermassen ähnlich. Was er an der ganzen Geschichte nicht versteht, ist folgendes:

Severin Brenneisen wird durch den Einwohnerratspräsidenten mit der Bitte unterbrochen, dazu doch beispielsweise einen Leserbrief zu verfassen, da man sich bereits in der Eintretensdebatte zu Traktandum 6 befindet.

Thomas Hafner, CVP, zeigt sich perplex und fragt in die Runde, ob tatsächlich niemand auf die Mutation Quartierplan eingehen möchte. Er möchte sichergehen, dass er das richtig verstanden hat, denn das kann er sich fast nicht vorstellen. Er erlaubt sich diese Bemerkung, weil er vermutet, dass sonst das Geschäft gar nicht behandelt wird

Christoph Maier, FDP, findet, dass die Meinungen im Saal dazu gemacht sind und sich niemand zu dem Thema äussern möchte. Er schlägt vor, dass darüber abgestimmt wird.

Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker bedankt sich für diese Bemerkung und lässt abstimmen.

ABSTIMMUNG Mutation Quartierplan Rebgasse 108

Grossmehrheitlich angenommen.

Eduard Rietmann, CVP/GLP bedankt sich nachträglich für die sehr ausführliche und sehr klare Vorlage.

BESCHLUSS

://: Die Mutation des Quartierplans „Rebgasse 108“ wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Traktandum 7

Nr. 137

Mietzinsreglement, Anpassung der Einkommenshöchstgrenze

EINTRETEN

Der Präsident Christoph Anliker erkundigt sich nach möglichen Wortmeldungen.

Jürg Humbel, FDP, weist darauf hin, dass es um etwas geht, dass man präzisieren möchte. Deshalb ist es immer besser, man präzisiert es vorher, bevor es Krach gibt. Die FDP-Fraktion stimmt dafür, dass das Reglement angenommen wird.

ABSTIMMUNG

Einstimmig angenommen.

BESCHLUSS

://: Dem Formulierungsvorschlag des Gemeinderats zur Anpassung von § 6 des Reglements über die Ausrichtung von kommunalen Mietzinsbeiträgen wird zugestimmt. Er lautet wie folgt:
Der Gemeinderat legt die Einkommenshöchstgrenze fest. Er orientiert sich dabei an den jeweils geltenden Sozialhilfeansätzen. Ab einer Haushaltsgrösse von zwei Personen liegt das massgebliche Einkommen dabei jeweils 5% über dem maximalen Lebensbedarf der Sozialhilfe. Übersteigt das Jahreseinkommen der Antragstellerinnen und Antragsteller die vom Gemeinderat für die jeweiligen Personengruppen festgelegten Einkommenshöchstgrenzen, besteht kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge.

Traktandum 8

Nr. 160

Kreditabrechnung diverser Investitionskredite (Schloss)

EINTRETEN

Stefan Glaser, Parteilos: Bei den Erläuterungen, Planungen und Abrechnungen ist der Fraktion folgendes aufgefallen. Zitat: „Mit der neuerstellten Rampe kommt es zu keinen witterungsbedingten Ausfällen“. Damit wird seiner Meinung nach indirekt zugegeben, dass die Treppe bei Frost nicht benützt werden kann. Weil das Wasser auf den neu konzipierten Treppenstufen nicht abläuft und gefriert. Weiter fragt man sich in der Fraktion, ob der Abgang nun geheizt wird, aber nicht von der Abwärme der Küche, da diese ja vermutlich nicht ausreicht. Aber man wird es ja sehen, im nächsten Winter. Die Mehrkosten von CHF 13 000 sind durch die ungeschickte Planung mit Baubeginn Oktober, verursacht worden. Aber wer beginnt schon gegen den Winter hin mit einem solchen Projekt? Als Entschuldigung hat man damals den Sommer als Hauptsaison angeführt. Heute fragt man sich in der Fraktion, ob nicht auch der Monat Dezember, November mit Weihnachtsessen zur Hauptsaison gehört hätte. Es zeigt sich einmal mehr, dass unglücklich terminiert wird oder auch wurde. Auch, dass gewisse Probleme, trotz immenser Kosten, fachlich falsch gelöst wurden. Die Treppe steht, die Rampe wurde gebaut - mit oder ohne Heizung – jedoch wurde die Initiative nicht im Sinne der Initianten umgesetzt. Im Bund und Kanton werden normalerweise Initiativen im Vollzug mit den Initianten besprochen. Dies nicht in der Absicht, die Hände unter die Füsse zu legen, sondern weil es als anständig gilt, zu wissen, weshalb und wieso. Die Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zum Erhaltenen. Deshalb wird die Fraktion der Abrechnung nicht zustimmen, sondern sich enthalten.

Beatrice Büschlen Grüne / EVP, nimmt die Abrechnungen zum Schloss, namens ihrer Fraktion, zur Kenntnis. Beim Antrag 1 ist das Ziel - nämlich ein hindernisfreier Zugang zum Schloss - erreicht worden. Auch das Bild entspricht der Vorlage, die Bevölkerung hat bereits an einigen Anlässen rund ums Schloss die Vorzüge geniessen können. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu, weil sie auch den Zusatzkrediten zugestimmt hat. Wer A sagt, muss eben auch B sagen, so die Rednerin. Interessieren würde die Fraktion, inwieweit die Regressforderungen betreffend dem Lift sind (heutiger Stand). Mehr Freude hat die

Fraktion beim Antrag 2, weil dort die Gelegenheit genutzt wurde, mit dem Zugang zum Schloss, insbesondere die Terrasse und die Heizung zu sanieren. So konnten Synergien generiert und Kosten gesenkt werden und mit einem energiefreundlicheren Heizsystem auch der CO₂-Ausstoss. Die Grünen / EVP genehmigt nachträglich auch den Kredit zu den Abrechnungen zu den Planungsarbeiten. Die Analyse und die Teilkonzepte waren sehr informativ und können weiterhin zu einer effizienten Entscheidungsfindung beitragen.

Simone Abt, SP, bedankt sich im Namen der SP-Fraktion beim Gemeinderat für die Abrechnungen. Sie erlaubt sich noch folgende kurze Anmerkungen. Zu Punkt 1, Abrechnung Schlosstreppe, wird sich die Fraktion nicht darüber auslassen, ob das Ergebnis gefällt oder ob sie nach ihrem Geschmack abgelaufen ist, hierüber sind die Meinungen in Binningen bis heute geteilt. Bei der Überschreitung von 3,5% hält man die Begründung „Winterarbeiten“ zumindest für plausibel. Geschmunzelt wurde über den nicht eingegangenen Gönnerbeitrag. Die Rednerin mutmasst, dass dafür „die Affen Freude daran hatten“ und ergänzt, dass das wahrscheinlich in ein anderes Kapitel gehört. Wahrscheinlich war auch der Herr, der etwas gönnerisch vermachen wollte, von dem Ergebnis halb begeistert, merkt die Rednerin an. Die Abrechnung Werterhaltung Schloss mit Minderkosten heisst die Fraktion sehr gerne gut. Die Planungsarbeiten, ausgewiesen in der Vorlage 77, im Sinne eines Antrags, das wurde damals mit der Einsetzung der Spezko Werterhaltungsschloss sistiert. Und nachdem von der Seite noch kein Antrag gekommen ist, ist es gerechtfertigt, die Abrechnung auf diesem Weg einzubringen. Die Abrechnung ist mit knapp CHF 5 000 höher als in der Vorlage ausgewiesen. Das bezeichnet die Rednerin nach einer Zeit von zwei Jahren – als absolut plausibel. Ein bisschen mehr Aufwand ist bei der Planung dazu entstanden, durch die Begleitung der Spezko. Der Zwischenbericht vom 23.10.2013 wurde der Fraktion so präsentiert und das wurde auch so ausgewiesen. Die Fraktion heisst die Vorlage gut.

Christoph Maier, FDP, nimmt namens seiner Fraktion von den Kreditabrechnungen Kenntnis. Er bedankt er sich beim Gemeinderat dafür. Die FDP stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu. Des Redners persönliches Statement zum Abschluss bzgl. der „Schlosstreppe“ drückt sich in Form eines lachenden und eines weinenden Auges aus; das lachende ist, dass er sich darüber freut, dass das Thema politisch abgehandelt ist. Und das weinende: Dass es jetzt leider ein Fasnachts-Sujet weniger gibt.

Thomas Hafner, CVP, bedankt sich beim Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die übersichtlichen Abrechnungen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich alle drei Abrechnungen innerhalb der Budget-Toleranz befinden, das ist gut so. Die CVP genehmigt alle drei Abrechnungen.

Urs Weber, SVP, bedankt sich beim Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung. Die SVP genehmigt alle drei Abrechnungen.

Stefan Glaser, Parteilos, erklärt, dass seine Fraktion den Antrag 3 mit CHF 125 000 nicht gutheissen kann. Es fragt sich, ob es erstens notwendig war, ein überteuertes Architekturbüro wie die Villa Nova, das trotz gewaltiger Stundenansätzen nicht über alle Zweifel erhaben ist (verweist auf den Fall „Hotel Drei Könige“ hin) zu beauftragen. Er fragt zweitens, ob vorgängig nicht eine Offerte eingeholt wurde. Er rechnet vor, dass, wenn die „übereissenen“ CHF 34 000 für Gebäudeaufnahmen abgezogen werden, noch rund CHF 95 000 als Honorar verbleiben. Rechnet man weiter mit einem hohen Stundenansatz von CHF 400, den Villa Nova vermutlich verrechnet hat, so wurden CHF 240 Stunden (in Worten: „Zweihundervierzig Stunden“) für die Arbeit verrechnet. Das heisst, es wurde ununterbrochen, während sechs Wochen, à 40 Stunden in der Woche, an der Planung gearbeitet. Seine Fraktion fühlt sich ausgezogen und übers Ohr gehauen. Ein weiterer Kommentar dazu erübrigt sich, schliesst der Redner.

Gemeinderatspräsident Mike Keller, FDP, äussert sich zur Frage, wie der Stand ist bzgl. der Auseinandersetzungen beim Behindertenlift. Auf einem gütlichen Weg wurde keine Einigung mit der besagten Firma in Deutschland erzielt, berichtet der Gemeindepräsident. Deshalb wurde der Rechtsweg beschritten. Der Gemeindepräsident beschreibt die Verhandlungen als äusserst mühsam und langzählig. Es liegt

noch kein Ergebnis vor, sobald ein entsprechendes Urteil gesprochen ist, wird informiert. Zu den Aufwendungen für die Zustandsanalyse orientiert der Gemeindepräsident weiter, dass die Beteiligten der Spezko die Arbeit des Büros Villa Nova etwas tiefer kennen. Es ist auf den ersten Blick vielleicht nicht möglich, alle Aufwendungen zu sehen. Aber die Begutachtung einer solchen Liegenschaft, mit der Erarbeitung der notwendigen Grundlagen, anschliessend auch der raumweisen Aufnahme und Einschätzung bis hin zur Veranschlagung der Erhaltungsmassnahmen auf einzelne Positionen, stellt ein riesiger Aufwand dar. Ein Aufwand, der wirklich nicht in zwei oder drei Tagen gemacht werden kann. Der Abschluss der Arbeiten und des Geschäfts – so der Gemeinderatspräsident weiter - wurde von der FDP mit einem lachenden und weinenden Auge beschrieben. In dem Zusammenhang ist eines wichtig, ermahnt der Gemeindepräsident: Es gibt nämlich „dort unten“ jemanden, der das Schloss gepachtet hat und der den Betrieb führt. Es tut der Person auch ausgesprochen gut, dass das Thema nun aus den Medien verschwunden ist und dass sie sich in Ruhe auf ihre Leistung und ihr Angebot konzentrieren kann. Und dieser würdige Strich, so der Gemeindepräsident, darf heute mit der vorliegenden Abrechnung sicher auch gezogen werden.

ABSTIMMUNG Antrag 1 und 2

Enthaltungen: 3

Die beiden Anträge werden gutgeheissen

Antrag 3

Dem Antrag wird zugestimmt.

BESCHLUSS

- ://: 8.1. Die Abrechnung Schlosstreppe mit Rampe mit Kosten von CHF 403'125.80 und Mehrkosten von CHF 13'725.80 (+3,5%) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.
- 8.2. Die Abrechnung Werterhaltung Schloss (Heizung- und Terrassensanierung) mit Gesamtkosten von CHF 159'273.15 und Minderkosten von CHF 12'527.85 (-7.3%) gegenüber dem gesprochenen Kredit wird genehmigt.
- 8.3. Die Abrechnung Werterhaltung Schloss (Planungsarbeiten) mit Gesamtkosten von CHF 125'896.35 wird genehmigt.
-

Traktandum 9

Nr. 141

Postulat: Kommunale Energieplanung

EINTRETEN

Mehret Rehmann, Grüne / EVP begrüsst das Postulat der FDP sehr. Obwohl gewisse Massnahmen bereits umgesetzt sind oder werden, ändert es nichts daran, dass das Thema Energie und Richtungswechsel in Richtung „Erneuerbare Energien“ eines der zentralen Themen der heutigen Zeit sind. Deshalb muss auch auf kommunaler Ebene geprüft werden, was in dem Bereich machbar ist. Insgesamt könnte das Postulat fast aus der Feder der Grüne / EVP stammen, gesteht die Rednerin und ergänzt: „Wenn das so weitergeht, dann ist Daniel Zimmermann, FDP, herzlich eingeladen, die Fraktion zu wechseln!“ *Daniel Zimmermann, FDP, BPK-Präsidium* nimmt das Angebot freundlich entgegen. Er fügt scherzhaft an, die Verhandlungen darüber nach der Sitzung weiterführen zu wollen. Es freut ihn besonders, dass der Gemeinderat den Ball aufgenommen hat. Es ist ihm klar, dass in den Legislaturzielen und auch schon in früheren Diskussionen der Gemeinderat angekündigt hatte, dass er so etwas angehen möchte. Aufgrund der letzten aktuellen Themen dazu, auch in den Medien, etwa zur Windenergie, scheint es wich-

tig, dass Binningen sich im Rahmen des Möglichen auf eine klare Strategie einarbeiten kann. Die Gemeinde soll auch nachhaltige Möglichkeiten aufzeigen, die in der Gemeinde vorhanden sind oder auch wären. Dieser Vorgang soll zeitnah geschehen, empfiehlt der Redner, denn die Energiepolitik ist auch gesamtschweizerisch ein grosses Thema. Nochmals bedankt er sich beim Gemeinderat für die Aufnahme des Postulats.

Thomas Hafner, CVP: Das Votum kann nicht protokolliert werden, weil das Mikrofon ausgeschaltet ist.

Susanna Keller, SVP, teilt mit, dass auch ihre Fraktion das Anliegen von Daniel Zimmermann und der FDP-Fraktion unterstützt, sie bedankt sich und überweist es gerne an den Gemeinderat.

ABSTIMMUNG

Ja: 30

Enthaltung: 1

2 Personen sind momentan nicht im Saal

Dem Postulat wird zugestimmt

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Anfrage Stefan Glaser / Roger Moll, Parteilos, Sanierung Nordfassade Imhof-Haus

169

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne, liest die Fragen vor und beantwortet sie anschliessend:

Frage 1) „Wer war zuständig, dass das Imhofhaus nicht so instand gestellt wurde, wie die beiden anderen Gebäude?“. Die Antwort von Gemeinderätin Mirjam Schmidli: Die Sanierung des Imhofhauses war Teil eines Wettbewerbs. Das heutige Erscheinungsbild wurde in Absprache mit der Kantonalen Denkmalpflege erarbeitet. Die Umsetzung des Projekts wurde von einer Fachgruppe begleitet. Frage 2) „Warum wurde das Imhofhaus nicht mit Läden versehen?“ Antwort: Das Postulat Nr. 167 „Fensterläden für das Imhofhaus“ wurde am 24.4.2012 im Einwohnerrat beantwortet. Das Postulat wurde als erledigt abgeschrieben. Frage 3) „Wer hat diesen Entscheid, der gegen die Historie spricht, gefällt?“ Antwort: Die Gemeinderätin verweist erneut auf das abgeschriebene Postulat Nr. 167. Frage 4) „Wann beginnt die Sanierung?“. Antwort: Die Sanierung kann auf Empfehlung eines herbeigezogenen Experten im Frühjahr 2016 resp. Nach den für den Pächter wichtigen Messen, namentlich der Basler Schmuckmesse und der Art – ab Juli 2016 starten. Frage 5) „Tritt eine Verzögerung auf?“ Antwort: Ja. Frage 6) „Welches sind die Gründe?“ Antwort: Der Experte lehnt es ab, mit Putzarbeiten an historischen Gebäuden ab Ende August noch zu beginnen, weil das Risiko des Frosts besteht. Während der Abbindung des Grund- und Deckputzes darf die Temperatur in der Nacht nicht unter 5°C fallen. Das heisst, das während 8 -10 Wochen warmes Herbstwetter herrschen müsste, auch nachtsüber, sprich bis Ende November. Frage 7) „Wie kam es dazu, dass das Vordach der Nordfassade nicht übernommen wurde?“ Antwort: Während der Sanierung des Imhofhauses wollte man das Gebäude so nah wie möglich an das ursprüngliche Erscheinungsbild heranführen. Bei der Verputzsanierung wird das Vordach wieder montiert. Frage 8) „Wer hat diesen Entscheid getroffen?“ Antwort: Die Gemeinderätin bezeichnet die Frage mit der vorgängigen Antwort als für beantwortet. Frage 9) „Wer hat die Art des Verputzes zu verantworten?“ Antwort: Der Entscheid erfolgte im Gremium, zusammen mit den Planern, der Denkmalpflege und der Fachgruppe gefällt und für gut befunden worden. Frage 10) „Wer hat den Entscheid gefällt, dass die Fenstergewände verputzt werden?“ Antwort: Die Fenstergewände werden nicht verputzt. Die alten Farbresten wurden entfernt und die Fenstergewände wurden, wo nötig, vom Steinmetz geflickt. An-

schliessend wurden sie neu gestrichen. Frage 11) „Wird der Sockelbereich speziell saniert?“ Antwort: Ja, es ist vorgesehen, dass der Sockelbereich mit einer offenporigen, hydraulisch gebundenem Putz ausgeführt wird. Zudem soll die oberste Schicht weiss eingefärbt werden. Frage 12) „Ist eine Änderung der Farbwahl vorgesehen?“ Die Farbwahl der Fenstergewände wird bei der Sanierung vor Ort bemustert und anschliessend zusammen mit der Denkmalpflege bestimmt. Es kann sein, dass der Kontrast zur weissen Fassade stärker wird. Es ist aber nicht vorgesehen, die Fenstergewände in Sandsteinfarbton zu streichen. Zum Schluss eine persönliche Bemerkung der Gemeinderätin: Sie hofft, dass mit der eben erfolgten Beantwortung, die Geschichtsschreibung zu dem Thema abgeschlossen werden kann, so dass man sich wieder neuen Projekten zuwenden kann.

Anfrage S. Abt, neuer Demenzgarten beim APH

170

Gemeinderätin Heidi Ernst, SP, liest die Fragen vor und beantwortet sie anschliessend:

Frage 1) „Warum war der ursprüngliche Demenzgarten derart unbrauchbar, was ist bei der Planung falsch gelaufen?“ Er war nicht unbrauchbar, korrigiert die Gemeinderätin. Bei der Planung ist nichts falsch gelaufen. Aber nicht alle Wünsche bzgl. Demenzgarten konnten im Rahmen des Bauprojekts erfüllt werden. Frage 2) „Welche Gründe führten zum Entscheid, den Demenzgarten komplett umzugestalten?“ Es bietet sich jetzt die einmalige Gelegenheit, dank der sehr grosszügigen Spende einer Binninger Stiftung den Demenzgarten vom APH Schlossacker zu optimieren, was eine echte Bereicherung und Verbesserung möglich macht. Die grosse Spende muss zweckgebunden eingesetzt werden, nämlich ausschliesslich zur Neugestaltung und Optimierung der Demenzgärten des APH Langmatten und vom APH Schlossacker. Und zwar ausdrücklich 2/3 der Spende zur Neugestaltung des Demenzgartens Langmatten, 1/3 zur Optimierung des Demenzgartens Schlossacker inklusive 5 Jahre Unterhalt der beiden Gärten. Frage 3) „Wie gross war der Wert des nunmehr vernichteten Gartens?“ *Die Gemeinderätin präsentiert eine Schätzung, die sie heute erhalten hat und tel quel weitergibt:* Ca. CHF 50 000 und es wird nicht alles vernichtet, sondern Weganlagen u.a. bleiben erhalten. Frage 4) „Wer bezahlt die neue Anlage?“ Die Gemeinderätin verweist darauf, die Frage schon beantwortet zu haben, sie beantwortet die Frage erneut: Es ist die Stiftung, die vollumfänglich dafür aufkommt. Frage 5) „Wie wird dieses Vorgehen der Bevölkerung verständlich gemacht?“. Die Stiftung APH Binningen, also die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen, wird zum geeigneten Zeitpunkt darüber informieren.

Traktandum 10, Diversa

Eduard Rietmann, FDP, informiert, dass die heutige Sitzung die letzte war, die die CVP / GLP-Fraktion in der Zusammensetzung zusammen war. Nach der Sitzung sind er und Jean-Bernard Urech Parteilos bei der Fraktion der CVP.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger orientiert über verschiedene Punkte aus dem Gemeinderat.

1. Er erwähnt, dass an der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2015 die Bauabrechnung des Garderobengebäudes leider nicht behandelt wurde. Der Gemeinderat wollte sie auf Wunsch vorlegen, obwohl in Punkt 3, nämlich den Aussenarbeiten, ein Auftrag noch nicht erstellt worden war. Dies, weil die Arbeiten auf die Sommerferien verschoben werden mussten, damit der normale Betrieb auf der Anlage für Schule und Vereine danach wieder gewährleistet war. Inzwischen wurde beanstandet, dass der Betrag, in der Höhe von CHF 12 000 – 15 000 - wohlverstanden ausgestattet mit einem Kredit von CHF 4,3 Mio. - drin gewesen ist und er wurde vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Nach Erhalt der Abrechnungen - man hat sie noch immer nicht erhalten - sollen sie raschmöglichst in den Einwohnerrat eingebracht werden.
2. Im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendpolitischen Konzept wurde im Binninger Anzeiger

vom 27. August publiziert, dass die Befragung der Kinder und Jugendlichen in Binningen termingemäss ab September gestartet wurde. Die partizipative Bedürfnisanalyse wird ein Teil und eine Grundlage für die Arbeit und die Aufnahme des Konzepts sein, informiert der Gemeinderat weiter.

3. Bezüglich der Erweiterung des Jugendhauses in Binningen wurden schon vor den Sommerferien Gespräche aufgenommen und Schreiben gemacht. Die Gespräche mit der Gemeinde Bottmingen blieben bis heute leider ohne Resultat. Der dortige Gemeinderat ist der Ansicht, dass er schon genug bezahlt - eine Antwort, die meistens kommt, wenn man Bottmingen anfragt, ergänzt der Gemeinderat. Es wurde aber erreicht, dass die Gespräche weitergeführt werden. Und auch, dass man beim Kinder- und Jugendpolitischen Konzept wieder zusammen an einem Tisch sitzen- und diskutieren kann. Derweil haben beide angefragten Kirchgemeinden auf Ende Jahr eine Antwort versprochen.

Dann verweist der Gemeinderat noch auf ein aktuelles Thema, zu dem sich später auch seine Kollegin, Gemeinderätin Barbara Jost, äussert. Gemeinderat Daniel Nyffenegger informiert dazu aus kantonaler Sicht, Gemeinderätin Barbara Jost aus Sicht der Gemeinde. Es geht um das Thema Flüchtlinge. Dazu wurde von der SVP, Jürg Blaser, ein Postulat eingereicht, mit einer brisanten Frage drin, so der Gemeinderat. Er habe vergangenen Freitag das „Vergnügen“ gehabt, zum KKS (Kantonalen Krisenstab) aufgeboten zu werden. Dort hat er Informationen erhalten, die bisher noch nicht auf Gemeindeebene weitergereicht worden sind. Demnach hat das KKS einen Substab konstituiert, mit dem Auftrag, einer Eventualplanung, im Falle eines „Flüchtlingsansturms“ auf die Schweiz. Als Grundlage wurde das im 98/99 anlässlich der damaligen Kosovo-Krise bewährte Problemlösungsmodell wieder ausgegraben. Dieses ist eigentlich für die Erstellung von temporären Auffanglagern gedacht. Das Modell wurde reaktiviert, auf Tauglichkeit überprüft und als gut befunden. Die Planungsarbeiten müssen bis zum 30. Oktober abgeschlossen sein. Dies, damit im Fall eines Regierungsratsbeschlusses, je nach Lage, das Ganze eingerichtet werden kann, in den einzelnen Gemeinden, entsprechend der Zuweisung oder Menge der Flüchtlinge. Die Auffanglager sollen dann innerhalb von 10 Tagen eingerichtet werden, entsprechend der Zielvorgabe. Die Eckwerte bzgl. Zuständigkeiten, Infrastruktur und Organisation wurden ebenfalls festgelegt. Weiter informiert der Gemeinderat, dass gemäss dem Regierungsratsbeschluss die Quotenregelung (Asylantenplätze) im Moment 0,8 Prozent für den ganzen Kanton beträgt, das sind 2 200 Plätze. Diese sollten an und für sich vorhanden sein. Sie sind aber nicht für die Flüchtlinge, sondern gelten als Asylantenplätze. Aktuell sind nur 0,6 vorhanden, also 1 700. Aufgrund der Asylgesuche im Kanton wird davon ausgegangen, dass bis Ende Jahr so oder so 500 zusätzliche Plätze benötigt werden. Die Gemeinden werden jetzt beauftragt, dem KKS Stab raschmöglichst Unterkunftsöglichkeiten wie ZS-Anlagen, Turnhallen sowie Plätze in der Grösse von 30 x 50 Meter zu melden, die zudem über Wasser, Abwasser, Stromanschlussmöglichkeiten verfügen. Das können Firmenareale sein, grosse grüne Flächen, sofern sie Zufahrtmöglichkeiten haben und mit den entsprechenden Anschlussmöglichkeiten ausgestattet sind. Die Kosten übernimmt der Kanton. Auf Firmenarealen werden die Container-Anlagen vom Kanton aufgestellt, der Kanton würde diese Plätze entsprechend mieten. Der Gemeinderat bemerkt, dass er aber eher von weniger Angeboten seitens der Firmen ausgeht. Der Gemeinderat legt Wert darauf, dass es im Moment nicht darum geht, in Panik zu geraten. Vielmehr handelt es sich um eine Vorausplanung, konkret: Es geht darum, gerüstet zu sein.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP, ergänzt, was diesbezüglich auf Gemeindeebene geplant ist und schon gemacht wurde. Sie erinnert, dass sie schon vor den Sommerferien darüber informiert hat. Die Zuweisungen für Binningen sind momentan eher rückläufig. Wenn man voll ausgelastet wäre, könnte das Binninger Kontingent die 0,8 % knapp erfüllen. Im Moment sind aber 73 von 79 Plätzen in Binningen besetzt. Und nur 9 von 30 in Reinach. Das kann sich aber ändern, führt die Gemeinderätin weiter aus. Solange kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, will man vorbereitet sein. Momentan ist die Abteilung Soziale Dienste zusammen mit Hochbau und Planung daran, zu evaluieren, welche Anlagen und Plätze zur Verfügung stehen. Sie sollen im Fall grösserer Flüchtlingsströme zum Zuge kommen. In einem solchen Fall wird über das weitere Vorgehen informiert.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos möchte zu einem Leserbrief der Einwohnerräte Roger Moll und Stefan Glaser Stellung nehmen. Im Zusammenhang mit der Winterhalde-Debatte, so der Gemeinderat,

ist der Schafmattweg abgeschlossen. Im Leserbrief heisst es, der Beschluss vom Einwohnerrat wird nicht umgesetzt. Dabei geht es um den Veloweg im Gegenverkehr auf dem Abschnitt vom Schafmattweg. Der Gemeinderat informiert, dass selbstverständlich dieser Veloweg wie vom Einwohnerrat beschlossen, umgesetzt wird. Es geht darum, dass der Schlosspark von den Velos entlastet wird und dass es einen Weg für die Velos gibt. Dieser führt die Schlossgasse hinunter auf die untere Hauptverkehrsachse.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, erinnert, dass die Einwohnerratssitzung nicht dazu da ist, um auf Leserbriefe zu antworten.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, orientiert, dass mit der Schulraumplanung pünktlich im August gestartet wurde. Es wurde von fünf auf sechs Primarschulklassen umgestellt. Alle Kinder haben einen Platz gefunden, bis auf die letzte Minute konnte alles bereitgestellt werden. Der Gemeinderat informiert, dass gewisse Arbeiten noch bis nächstes Jahr andauern. Dazu gehört die Erdbebensanierung beim Schulhaus Neusatz. Sodann wurden an allen Standorten, inklusive Neusatz, Provisorien gebaut und ausgebaut, damit Mittagstische und zusätzliche Klassen möglich waren. Bei den aktuellen Schülerzahlen befindet man sich auf Kurs, d. h. bei steigenden Schülerzahlen. Es wird dazu ein Einwohnergeschäft geben bzgl. der weiteren Provisorien für nächstes Jahr. Dies, weil das Thema „Provisorien“ immer grössere Ausmasse annimmt, wie der Redner feststellt. Der Gemeinderat berichtet weiter, dass nächstes Jahr ein Waldkindergarten eröffnet wird. Im September ergehen entsprechende Informationen an die betreffenden Eltern und Kinder. Wird ein Bedarf festgestellt, wird ein Waldkindergarten eröffnet, ansonsten muss ein weiterer Kindergarten eröffnet werden. Der Gemeinderat stellt sich für diesbezügliche Fragen gerne zur Verfügung.

Ende der Sitzung: 21.25 Uhr

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 26. Oktober 2015, 19.30 Uhr.